



BERGSTRASSE

PRESSEMITTEILUNG 5/2015

„Auch Beamte profitieren vom Einsatz der Angestellten“

Kreis Bergstraße. „Die Angestellten sind diejenigen, die mit ihrem Einsatz für ein bestmögliches Tarifergebnis sorgen, von dem in der Folge auch Beamte profitieren. Insofern sollte es für uns verbeamtete Lehrkräfte auch eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir uns mit den Angestellten solidarisieren“, verdeutlichte Tony Schwarz vom Vorsitzendenteam des Kreisverbandes Bergstraße der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Während die angestellten Lehrkräfte zu einem Warnstreik aufgerufen waren und sich in nicht geringer Zahl zu einer zentralen Kundgebung in Darmstadt trafen, unterstützten etliche verbeamtete Lehrkräfte die Forderungen der Tarifbeschäftigten im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Eine Aktion war eine Solidaritätskundgebung vor der Bensheimer Hemsbergschule, an der sich sowohl Bedienstete der Grundschule selbst als auch Vertreter der GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat beteiligten.

5,5 Prozent mehr Gehalt und die Reduzierung der Arbeitszeit um mindestens eine Pflichtstunde, das sind Forderungen der Gewerkschafter. Da von der Landesregierung zum Auftakt der Tarifgespräche kein Angebot vorgelegt wurde, entschlossen sich sowohl die GEW als auch die übrigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu einem Warnstreik, um Entschlossenheit zu demonstrieren. Außerdem wollen die Gewerkschafter eine Beendigung des „Befristungsunwesens“, also der Vergabe von befristeten Verträgen, die aktuell im Schulamtsbezirk Bergstraße/Odenwald nicht verlängert werden, wenn sie die Dauer von vier Jahren überschreiten. „Es geht darum, sichere und angemessen bezahlte Arbeitsverhältnisse sowie bessere Arbeitsbedingungen für die Lehrenden zu schaffen. Nur so kann man hochwertige Lernbedingungen gewährleisten“, unterstrich Schwarz.

Bislang war es üblich, dass die Tarifergebnisse der Angestellten in vollem Umfang auf die Beamten übertragen wurden. Dies könnte dieses Mal nicht der Fall sein. Zumindest hat die Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag beabsichtigt, nach einer Nullrunde die Beamtengehälter um maximal ein Prozent zu erhöhen, also komplett von den Gehaltsentwicklungen bei den Angestellten zu entkoppeln. Holger Giebel, GEW-Kreisvorstandsmitglied und Vorsitzender der GEW-Fraktion, schließt es nicht aus, dass es in einem solchen Fall zum Aufruf zu einem Beamtenstreik kommen wird: „Es kann nicht sein, dass Beamte für die Wiesbadener Schuldenbremsenpolitik als Sparschwein erhalten sollen, nachdem sie ohnehin schon Reallohnverluste in immensum Ausmaß in den vergangenen Jahren haben hinnehmen müssen.“ Außerdem sei eine solche Maßnahme bei deutlich gestiegenen Steuereinnahmen geradezu absurd.

Dem häufig angeführten pauschalen Streikverbot für Beamte sei eine Absage zu erteilen. „Hier wird lediglich geltendes europäisches Recht nicht in nationales Recht umgesetzt. Getreu dem Motto: Wir Deutschen sind alle gute Europäer, aber nur so lange, wie es uns in den Kram passt“, sagt Giebel, der hofft, dass möglichst viele Beamte für ihre Interessen eintreten, wenn von der GEW zu einem Beamtenstreik aufgerufen werden sollte.

Solidarisiert hat sich mit den streikenden angestellten Lehrkräften nicht nur die GEW-Fraktion, sondern auch die Fraktion des Deutschen Lehrerverbands Hessen (DLH) im Gesamtpersonalrat. Einstimmig votierte das Gremium für eine Solidaritätserklärung mit den entsprechenden Forderungen.